

## Ausgejunckert und ausgeschulzt



lic. iur.  
Christoph Spiess,  
e. Gemeinderat,  
Co-Zentral-  
präsident,  
Zürich

Nun hat also alle Angstmacherei seitens der politischen, wirtschaftlichen und journalistischen «Elite» nichts gefruchtet – die Bürgerinnen und Bürger Grossbritanniens haben trotzdem mit deutlicher Mehrheit den Austritt ihres Landes aus der EU beschlossen. Sie wollen nicht länger einem zentralistisch gesteuerten supranationalen Gebilde angehören, das ihnen immer mehr fremdes Recht aufzwingt. **Und sie wollen – wie wir Schweizer auch – wieder selber bestimmen, wie viele und welche Ausländer einwandern dürfen.**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Landauf, landab ertönt ein gleichgeschaltetes Mediengejammer über den sogenannten «Brexit-Schock» und dessen angebliche Folgen. Doch wirklich schockierend ist nur die Reaktion von EU-Spitzenfunktionären wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Parlamentspräsident Martin Schulz auf den

britischen Volksentscheid. **Sie wollen den in ganz Europa immer lauter erschallenden Ruf nach mehr Demokratie und Selbstbestimmung der Völker nicht hören.** Er ist für sie nur ein Ärgernis, das mit der Brechstange einer noch stärkeren Machtkonzentration in Brüssel überwunden werden muss. Nur zu, meine Herren, auf diese Weise fahren Sie Ihr Europa ganz schnell gegen die Wand!

### EU als Wohlstandsgemeinschaft?

Die eifrigen Befürworter einer «immer engeren Union» predigen immerzu, dass die Völker Europas ihren Wohlstand der EU zu verdanken hätten. Das mag derzeit auf Deutschland zutreffen, denn ihm wurde mit dem Euro die Möglichkeit eröffnet, als starke Volkswirtschaft eine schwache Währung zu haben. So können die Deutschen den Rest des Kontinents mit ihren Exportgütern überschwemmen und gigantische Handelsbilanzüberschüsse einfahren. **Davon profitieren aber vor allem Spekulanten und Investoren.**

**Deutschlands Normalverdiener müssen wegen der auch ihnen aufgezwungenen Personenfreizügigkeit mit sinkenden Reallöhnen leben.**

Und dabei geht es ihnen ja noch relativ gut, denn es sind die Griechen und andere Südeuropäer, die den grössten Teil der Zeche bezahlen dürfen. **Sie müssen als schwache Wirtschaftsnationen mit einer für ihre Verhältnisse noch immer viel zu starken Währung leben, die ihre Exporte verteuert.**



Grossbritannien hat sich für Selbstbestimmung und gegen die EU entschieden. Personen wie Jean-Claude Juncker und Martin Schulz kommen nun gewaltig unter Druck.

## Spende – Fünfliber oder Note

Liebe Gesinnungsfreunde

Leider entsprachen die Abstimmungsergebnisse in letzter Zeit oftmals nicht den Parolen der Schweizer Demokraten (SD). Das darf jedoch kein Grund sein, jetzt den Kopf in den Sand zu stecken. Wichtige politische Geschäfte wie etwa die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder der institutionelle Rahmenvertrag mit der EU werden auf uns zukommen. Die SD sind verpflichtet, sich mit ihren Werbeinstrumenten entsprechend für das Wohl der Schweiz einzusetzen. Ohne genügend finanzielle Mittel haben wir allerdings wenig Möglichkeiten, dies zu tun. Deshalb danken wir Ihnen für jede Spende, ob gross oder klein, zum Voraus bestens. Wir würden uns zudem freuen, Sie an der 1.-August-Feier in Fribourg begrüßen zu dürfen. Speis und Trank werden von den Parteiverantwortlichen offeriert.

Ihre SD-Parteileitung

**Die vermeintlich grosszügige Hilfe an die Griechen kommt gar nicht diesen zugute, sondern fließt gleich wieder zu Griechenlands Gläubigern ab – westeuropäischen Grossbanken, die so mit westeuropäischen Steuergeldern vor der Pleite bewahrt werden.**

Zutreffend ist sicher, dass Freihandel tendenziell zu mehr Wohlstand führt. Nur wird dieser Effekt bei der EU leider von deren Regulierungswut überkompensiert. **Heerscharen von überbezahlten EU-**

Fortsetzung Seite 2

**Die Schweizer Demokraten (SD) laden Sie zur diesjährigen 1.-August-Feier in der Fribourger Innenstadt (in einem Festsaal) ein. Speis und Trank werden von den Parteiverantwortlichen offeriert. Wir freuen uns, auch Sie begrüßen zu dürfen (sämtliche Informationen auf Seite 5).**

**Ausgejunckert und ausgeschulzt**

Fortsetzung von Seite 1

Beamten produzieren unablässig neue Gesetze und Richtlinien, denn sie müssen ja irgendwie ihr teures Dasein rechtfertigen. So entstanden beispielsweise 2800 Seiten Vorschriften über Lebensmittelverarbeitung und -hygiene (die wegen der «Bilateralen» wohl auch die Schweiz übernehmen muss). Ob unsere Lebensmittel damit besser werden, bleibt fraglich. Aber teurer werden sie allemal. So viel wäre zum Thema «EU als Wohlstandsbringerin» zu sagen.

**Die EU – ein sicherheitspolitisches Risiko!**

Die Verfechter der sogenannten europäischen Integration werden nicht müde, ihre EU als Friedensprojekt anzupreisen. Ihr hätten wir zu verdanken, dass heute beispielsweise ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht mehr denkbar sei. Stimmt das wirklich? Die grösseren Länder Europas streben auch heute nach einer politischen Vormachtstellung. Frankreich sieht sich noch immer als «grande nation» und Deutschland steht ja auch nicht gerade im zweiten Glied, wenn es darum geht, die erste Geige zu spielen.

Dass innerhalb West- und Mitteleuropas (anders als im Osten) zumindest einstweilen keine Kriegsgefahr besteht, liegt nicht an der EU, sondern daran, dass Europas Völkern der Schrecken von zwei grässlichen Weltkriegen, die vor allem auf ihrem Buckel ausgetragen wurden, noch tief in den Gliedern sitzt.

Anlass zur Sorge geben indessen die Grossmachtallüren mancher EU-Spitzenpolitiker. Sie leiden offensichtlich darunter, dass ihre Länder heutzutage schlicht und einfach zu klein sind, um im ganz grossen geopolitischen Theater mit den Amerikanern und Chinesen ernsthaft mitzuspielen. Dies schmerzt sie umso mehr, als dass sie von einem unstillbaren Drang zur Weltverbesserung beseelt sind und zum Beispiel glauben, Demo-



Der ehemalige UKIP-Parteichef Nigel Farage (Bildmitte) ist das Gesicht des Brexits. Er erklärte den 23. Juni 2016 zum neuen Unabhängigkeitstag Grossbritanniens.

kratie und Menschenrechte nach Libyen, Afghanistan oder in den Kongo exportieren zu müssen. Schon heute mischt sich etwa Frank-Walter Steinmeier aus Berlin ungefragt in jeden Konflikt ein, der ihn nichts angeht, und lässt allen seine schulmeisterlichen Belehrungen angedeihen. Ein noch stärker integriertes Europa könnte zwar geopolitisch ein gewichtiges Wort mitreden, würde aber als Folge davon weltweit in alle möglichen Konflikte hineingezogen und zwangsläufig früher oder später auch in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. Ein Friedensprojekt ist es also eher nicht.

**Keine Angst vor dem torkelnden Giganten!**

Schweizer Politiker werden nicht müde, immer wieder nach Brüssel zu pilgern und um den Abschluss weiterer bilateraler Verträge zu betteln. Mit Blick auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative erklären sie fortwährend, man müsse unbedingt «die Bilateralen retten». Die EU-Funktionäre wissen damit im Voraus, dass die Schweiz nachgeben wird, wenn man stur auf der Personenfreizügigkeit beharrt. Dass sie letzteres tun werden, haben sie von Beginn an erklärt. Da stellt sich die Frage,

was es denn überhaupt noch zu verhandeln gibt und weshalb der Bundesrat nicht längst das verfassungswidrig gewordene Freizügigkeitsabkommen gekündigt hat. Ist es etwa wegen der dümmlichen Drohungen der EU, die Schweiz von ihren Forschungsprogrammen auszuschliessen?

Die Leistungen der Schweiz in der Forschung hängen doch nicht davon ab, dass Forschungsgelder zwischen ihr und der EU hin- und hergeschoben werden und vielleicht ab und zu ein paar Millionen mehr zu- als abfliessen!

Die EU wird von Krisen geschüttelt und ist kaum noch handlungsfähig. Da ist schlicht unverstänlich, dass unsere Regierung gegenüber Brüssel auftritt wie eine Maus vor der Schlange. Noch unbegreiflicher ist, dass sich unsere Nationalbank dazu hergibt, die dahinsinkende Währung des torkelnden Giganten zu stützen und dabei ihre Bilanz mit einem gigantischen Klumpenrisiko zu belasten.

**Distanz zum sinkenden Schiff wahren!**

Um noch eine Zukunft zu haben, müsste die EU jetzt die Zeichen der

Zeit erkennen. Sie müsste ihren aufgeblähten Beamten- und Gesetzgebungsapparat verschrotten, auf das Ziel einer politischen Vereinigung Europas verzichten und stattdessen zu einer Freihandelszone und einem offenen Gesprächsforum souveräner Nationalstaaten werden. Mehr liegt nicht drin.

Leider ist zu befürchten, dass die Brüsseler «Berufseuropäer» vom Schlage eines Juncker oder Schulz dazu nicht fähig sind. Dies wird zur Folge haben, dass die EU zerbricht – dann ist «ausgejunckert» und «ausgeschulzt»!

Die Schweiz täte deshalb gut daran, sich nicht länger an die kaum noch rettbare Fehlkonstruktion EU zu klammern, sondern konsequent ihren eigenen Weg zu gehen.

Dazu gehören gute Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Ländern der Welt, die aber nicht mit sachfremden Gegengeschäften wie der EU-Personenfreizügigkeit erkaufte werden und nicht an die unterwürfige Übernahme ganzer Bibliotheken voller fremder Gesetze gebunden sein dürfen.

**Leserbrief**

## Flüchtlinge integrieren – aber wie?

Die Befürworter des Asylwesens, speziell dessen Profiteure, fordern eine rasche Integration von Flüchtlingen. Falls Sie eine Tochter im heiratsfähigen Alter haben,

könnten Sie jedoch selbst einen beträchtlichen Teil zu dieser Integration beitragen. Sie hätten die Möglichkeit, die Tochter von der Heirat mit beispielsweise einem

Eritreer zu überzeugen und somit die Kosten für seinen Lebensunterhalt zu übernehmen. Auf diese Weise würden die Befürworter des Asylwesens mit gelebter (und nicht

nur gepredigter) Multikultur und Barmherzigkeit ein Zeichen setzen.

Otto Weiersmüller, Utikon

# Asylkosten verdoppeln sich

Schon drei Wochen nach der Annahme der Asylrevision vom 5. Juni 2016 zeigt sich, dass die Asylkosten für die nächsten zwei Jahre rasant ansteigen! Dies überrascht uns eigentlich nicht, genau davor haben wir Schweizer Demokraten ja vor der Abstimmung gewarnt! Da jetzt das ganze Asylwesen ausgebaut wird, um alles effizienter abwickeln zu können, erhöhen sich die Kosten massiv.

**Der Bundesrat rechnet für dieses Jahr mit 45'000 neuen Asylsuchenden, was Ausgaben von 1,8 Milliarden Franken verursacht. Letztes Jahr waren es «nur» 1,2 Milliarden Franken. In den nächsten zwei Jahren verdoppeln sich die Asylkosten sogar.**

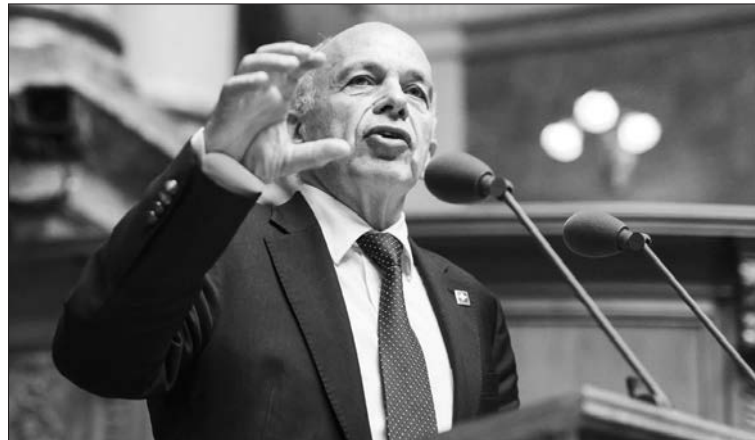
Sie werden für 2017 bereits auf 2,2 Milliarden Franken und für 2018 sogar auf 2,4 Milliarden Franken geschätzt. Es ist schwierig vorauszu sehen, wie viele neue Asylsuchende während der nächsten Jahre zu uns kommen, deshalb könnten diese Beträge auch höher ausfallen.

**Bundesrat Ueli Maurer präsentierte den Voranschlag für das Jahr 2017, der ein Defizit von 600 Millionen aufweist. Ohne den Anstieg der Migrationskosten wäre das Budget ausgeglichen, erklärte das Finanzdepartement.**

Im Jahr 2001 hat das Schweizer Volk der Schuldenbremse zugestimmt. Diese verlangt, dass die Ausgaben des Bundes nicht höher als die Einnahmen sein dürfen. Die Schuldenbremse lässt nur ein konjunkturelles Defizit von 350 Millionen Franken zu, das in den Folgejahren wieder ausgeglichen werden sollte. Doch dies ist in der jetzigen Situation unmöglich. **2003 hatte der Bund Schulden in der Höhe von 124 Milliarden Franken, konnte diese jedoch bis 2015 auf 104 Milliarden Franken abbauen.**

## Amortisationskonto als Ausweg

Bundesrat Maurer schlägt nicht ein lineares Sparen vor, sondern möchte einen Teil des Fehlbetrages aus einer Spezialkasse finanzieren, die nicht unter die Schuldenbremse fällt. Es handelt sich um ein Amortisationskonto für unerwartete Ausgaben. Auf diese Weise wurde beispielsweise die Sanierung der SBB-Pensionskasse bezahlt. Zurzeit befindet sich noch ein Betrag



*Aufgrund steigender Asylkosten will Bundesrat Ueli Maurer die Schuldenbremse umgehen. Diese Massnahme wäre jedoch äusserst gefährlich und verantwortungslos.*

von 2,5 Milliarden Franken auf dem Konto. **Es ist als Reserve für unvorhergesehene Ereignisse wie Naturkatastrophen und andere Notfälle gedacht.** Die SVP, die FDP, die CVP und auch wir Schweizer Demokraten lehnen diesen Vorschlag ab! **Nächstes Jahr wird das Defizit noch grösser ausfallen und wenn man diesen Trick mit dem Amortisationskonto wieder anwendet, verfügen wir bald über keinerlei Reserven mehr!**

**Ueli Maurer will für 2018 ein neues Sparpaket präsentieren. Die Frage ist nur, wo kann noch gespart werden, ohne eine Schmerzengrenze zu erreichen.**

Der Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2020 wurde vom Bundesrat verabschiedet. Es werden Defizite von 1,4 bis 2 Milliarden Franken erwartet. **Die finanziellen Probleme nehmen weiterhin zu und zwar trotz des Stabilisierungsprogramms, über das die eidgenössischen Räte noch entscheiden müssen.** Ab 2019 kommen voraussichtlich noch die Kosten für die Unternehmenssteuerreform von 1,3 Milliarden Franken hinzu. Auch die Reform der Altersvorsorge und der Strassenfonds sowie der Mehrwertsteuer-Sondersatz für Hoteliers verschlingen zusätzlich Millionenbeträge. **Deswegen sollen in nächster Zeit keine neuen Ausgaben mehr im Parlament beschlossen werden, nur noch dringende Projekte, die keinen Aufschub ermöglichen.** Ueli Maurer will im Herbst ein weiteres Stabilisierungspaket für die Jahre 2018 – 2020 vorlegen. Er möchte noch mehr sparen und mahnt in einem Radiointerview zur Vorsicht, **weil Schulden unverantwortlich und**

**gefährlich seien und die zukünftigen Generationen belasten würden.**

## Warum nicht beim Asylwesen kürzen?!

Der Bundesrat prüft, noch weitere Ausgaben zu kürzen, etwa bei der Landwirtschaft, der Armee und der Entwicklungshilfe je 50 Millionen, beim Verkehr 80 Millionen und bei der Bildung 110 Millionen Franken. **Überall soll beim Schweizer Volk gespart werden, nur das Asylwesen ist unantastbar!** Man könne die Zahl der Asylgesuche nicht beeinflussen, sagt der Bundesrat. Es ist zu erwarten, dass während der nächsten Jahre noch mehr Migranten bei uns einreisen werden.

**Jeder Asylsuchende belastet unser Budget jährlich mit 25'000 Franken. Zudem fallen in den darauffolgenden fünf bis sieben Jahren hohe Sozialhilfekosten an.**

Danach sind die Gemeinden für die Auszahlung der Sozialhilfe zuständig. Manche Einwanderer erhalten lebenslanglich finanzielle Unterstützung. Allgemein kommt eine Lawine von Mehrkosten für Bund, Kantone und Gemeinden auf uns zu, die nicht abzuschätzen ist.

**SVP-Nationalrat Heinz Brand warnt davor, das Thema Asylwesen nicht ernst zu nehmen. Es könnten nur Kosten gespart werden, wenn man die Asylverfahren auf jene beschränkt, die wirklich Anspruch darauf haben.**

**Wirtschaftsflüchtlinge aus bestimmten Ländern sollte die Schweiz demnach nicht mehr aufnehmen. Diese müssten an der Landesgrenze vom Grenzschutz zurückgewiesen werden.** Das ist die einzige Lösung, um die Einwanderung zu stoppen. Auch Asylsuchende, die kein Asylrecht haben, verursachen bis zur Abklärung ihres Gesuches hohe Kosten, auch wenn dieses abgelehnt wird. Ob sie danach wirklich ausreisen oder lediglich untertauchen, ist ungewiss. **Des Weiteren wurden bisher die Asylkosten unrealistisch tief budgetiert!**

**Es müsste im Asylwesen und bei der Entwicklungshilfe massiv gespart werden. Staaten, die sich weigern, ihre Bürger zurückzunehmen und nicht kooperieren, sollten keine Entwicklungshilfegelder mehr von uns erhalten.**

Wir können nicht immer noch mehr Migranten aufnehmen und uns endlos verschulden. Wir sparen bereits jetzt auf dem Buckel unserer Einwohner. In absehbarer Zeit gäbe es eine Kettenreaktion für unsere gesamte Wirtschaft, die Landwirtschaft, das Gesundheitswesen, die Altersvorsorge usw. und die ganze Bevölkerung würde darunter leiden. **Möchten wir zu einem armen, verschuldeten Land werden, nur weil wir uns nicht gegen diese unverhältnismässige Einwanderung wehren?** Aus falsch verstandenem Humanismus riskieren wir den Untergang unseres bis jetzt so stabilen, erfolgreichen und gut funktionierenden Heimatlandes!

**Deshalb gibt es nur eine Lösung, den freien Personenverkehr, das Schengen-Dublin-Abkommen und falls nötig auch die bilateralen Verträge kündigen!**

Wir wollen selbst über die Zukunft unseres Landes bestimmen und uns nichts von der EU vorschreiben lassen. Noch sind wir ein freies Land und wollen das auch in Zukunft bleiben!

*Margrit Neukomm,  
Zentralvizepräsidentin, Bern*

**Islamische Gesichtshülle ist frauenfeindlich und somit verfassungswidrig.  
Jetzt Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» unterschreiben!**

## Krasse Pressemanipulation

Wie schon so oft muss ich wieder einmal über eine ganz krasse Manipulation der Leser berichten. In der «Aargauer Zeitung» vom 18. Juni 2016 stand quer über die ganze Zeitungsseite der wunderschön zu lesende Titel «Polizei hat kaum Probleme mit Asylsuchenden». Im folgenden fünfspaltigen Artikel konnte man dann in ganzen acht Zeilen zuerst lesen, dass in Aarau (dem grössten Aargauer Ort) die Polizei zwischen Januar und Mai 44 Mal intervenieren musste, weil es Probleme mit Asylsuchenden gab, die in der Geschützten Operationsstelle (GOPS) leben. **Im Schnitt musste die Polizei somit rund alle drei Tage ausrücken.**

Der obige Titel bezog sich aber nur auf die GOPS im kleinen Städtchen Laufenburg.



*Die Polizei hat durchaus Probleme mit Asylsuchenden. Entsprechende Fakten gelangen nicht immer an die Öffentlichkeit.*

**Etwa in der Mitte des Artikels wurde schliesslich kurz über eine versuchte Vergewaltigung berichtet. Ein 19-jähriger Asylsuchender aus dem Sudan soll in der Waschküche der GOPS versucht**

**haben, eine Betreuerin zu vergewaltigen.** Diese Betreuerin wird sicher keinen ihrer «Schützlinge» falsch beschuldigen. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben und fordert eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren (Wollen wir wetten, dass selbst bei einer Verurteilung – «natürlich» auf Bewährung – diesem Asylanten keine Ausschaffung erfolgen wird, da diese – wie gewöhnlich – «unzumutbar» wäre. Mit anderen Worten, dieser Vergewaltiger wird sein Unwesen weiterhin in der Schweiz treiben können).

**Staatszugehörigkeit systematisch verheimlicht**

Leider wurde mein obiger Bericht in keiner Tageszeitung, in der ich versucht habe, ihn als Leserbrief zu platzieren, berücksichtigt. Des-

halb ist der Titel «Krasse Pressemanipulation» wohl mehr als berechtigt. Vor Jahren hat einer der ganz grossen Zeitungsverlage der deutschen Schweiz (in etwa) Folgendes geschrieben: **«Wir veröffentlichen – auch bei schweren Straftaten – bei Ausländern die Staatszugehörigkeit prinzipiell nicht, denn es könnte die Ausländerfeindlichkeit verstärken.»**

**Bei Schweizer Tätern darf man also die Staatszugehörigkeit ruhig nennen; das wiederum erhöht mit Sicherheit die Abneigung gegen Ausländer umso stärker, denn auch der dümmste Leser merkt, wie hier der Hase läuft.**

*Dragan Najman,  
e. Grossrat, Baden*

## Islamistischen Tendenzen entgegentreten

Betrachtet man eine publizierte Liste mit sämtlichen sich weltweit ereigneten Terroranschlägen, so sieht man rasch, dass zwischen den einzelnen Vorfällen jeweils nicht einmal eine ganze Woche vergeht. Dabei hat der islamistische Terror in jüngster Zeit spürbar zugenommen, **zumal gerade mittel- und westeuropäische Staaten immer stärker davon betroffen sind.**

**Vor allem das Nachbarland Frankreich wurde seit anfangs 2015 dreimal Opfer von dschihadistischen Attentaten. Über 100 Tote und ein Mehrfaches an Verletzten erinnern an diese unvorstellbaren Abgründe.**

Beiträge über den arabischen Raum oder den Nahen Osten hinterlassen zumeist keine nachhaltigen Emotionen. Selbstverständlich sollte man eigentlich solche Aussagen verurteilen. Es handelt sich schliesslich immer um Menschen. Andererseits denken und orientieren sich die Leute in geografischen Räumen und empfinden bei entsprechenden Ereignissen nahe dem Lebensmittelpunkt eine stärkere Angst. Wenn man von kriegerischen Gewaltexzessen spricht, **welche die Gesellschaft an Leib und Leben bedrohen, lässt sich glücklicherweise sagen, dass die Schweiz bisher verschont geblieben ist.**

**Hingegen spielt bei uns der Islam im Bereich der öffentlich-rechtlichen Behörden oder des Privatle-**

**bens der einzelnen Personen sehr wohl eine Rolle.**

Mehrmals wollten beispielsweise muslimische Eltern ihre Töchter nicht am obligatorischen schulischen Schwimmunterricht teilnehmen lassen. Noch vor Kurzem war zudem die Diskussion über die Handschlagverweigerung zweier Brüder in einer Baselbieter Grundschule aktuell. Der Glaube verbiete es ihnen offenbar, einer weiblichen Lehrperson die Hand zu reichen. **Manche Schulen pflegen jedoch den Handschlag zwischen Lehrkraft und Schüler als vorgeschriebenes Ritual. Einer der häufigsten Konfliktgründe stellt aber zweifelsohne die weibliche Gesichts- und Ganzkörperverschleierung dar. Im Kanton Tessin trat vor wenigen Wochen ein entsprechendes Verbot in Kraft.**

**Forderungen der Schweizer Demokraten (SD)**

Mit Besorgnis nehmen die Schweizer Demokraten (SD) eine deutlich feststellbare schleichende Islamisierung wahr. **Politische Forderungen als Schutz gegen diese gefährliche Form der Überfremdung haben deshalb eine hohe Priorität. Als laizistischer Rechtsstaat darf die Schweiz keinesfalls islamisch geprägte Rechtsgrundlagen akzeptieren.** Aufgrund der dominierenden fundamentalistischen Praktizierung ist es ausserdem zu gefährlich, den Islam als «Landeskirche» zu anerkennen. Genauso lehnen die SD die Ausbildung von Imamen



*Unterschreiben auch Sie die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»!*

an hiesigen Universitäten ab. Des Weiteren gelten in der obligatorischen Grundschule für sämtliche Kinder und Jugendliche dieselben Bedingungen. Den Pflichtschulstoff müssen alle bewältigen. **Religiöse Dispense sollen nicht möglich sein.**

**Islamische Paralleleinrichtungen (Kindergärten und Schulen) dürfen ebenfalls niemals bewilligt werden. Diese verhindern die Integration in die hiesige Gesellschaft.**

Merkmale einer modernen demokratischen und nachhaltigen Rechtsordnung bilden auch der Tierschutz und die Gleichstellung von Mann und Frau. **Das Schächtverbot ist somit auf Geflügel auszudehnen.**

**Die Verschleierung der Frau hat einen zutiefst frauenfeindlichen Charakter und widerspricht in diesem Sinne der schweizerischen Bundesverfassung. Die SD unterstützen deshalb die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» und sind im Initiativkomitee vertreten.**

Letztlich erfordert es in Bezug auf allfällige terroristische Aktivitäten sicherheitspolitische Massnahmen. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) soll islamische Gemeinden und externe Organisationen strikt kontrollieren. **Ausserdem müssen die als verdächtig eingestuften Institutionen ihre Finanzquellen und Tätigkeiten offenlegen.** Institutionelle Finanzierungen aus dem Ausland sind zwingend zu unterbinden.

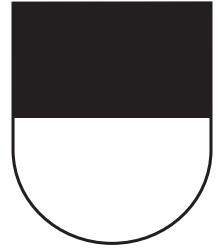
**Mit dem Islamischen Zentralrat Schweiz (IZRS) existiert innerhalb unserer Landesgrenze eine klar religiös-extremistische Gruppierung, welche sich auch politisch äussert. Zudem gehört ein Grossteil der zurzeit einreisenden Flüchtlinge der muslimischen Religion an.**

Es gibt genügend Gründe, wachsam zu sein. **Wir müssen der schleichenden Islamisierung jetzt entgegentreten.** Handeln wir, bevor es zu spät ist!

*Adrian Pulver,  
SD-Zentralsekretär, Bern*



# 1.-August-Feier 2016 der Schweizer Demokraten



**Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt  
in einem Festsaal (Parterre), rue des Epouses 6 (Eingang markiert),  
in der Stadt Fribourg**

## Programm:

- ab 11.00 Uhr **Apéro**  
 11.30 Uhr **Musikalischer Auftakt**  
 11.35 Uhr **Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland»**  
**Begrüssung durch Michel Dupont, Co-Präsident SD Schweiz, Pully**
- 11.45 Uhr **Referat von Christoph Spiess, Co-Präsident SD Schweiz, Zürich**
- 12.45 Uhr **Mittagessen** – Menü: Vorspeise: Trockenfleisch mit Brot; Hauptspeise: «Raclette» à discrétion, Dessert: Crèmeschnitte
- 14.00 Uhr **Kurzansprache in französischer Sprache durch Michel Dupont, Co-Präsident SD Schweiz, Pully**
- 14.30 Uhr **Hauptansprache zum Nationalfeiertag. Referent: Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern**
- 15.30 Uhr **Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Trittst im Morgenrot daher»**
- ca. 15.45 Uhr **Ende der Veranstaltung**

**Speis und Trank werden von den Parteiverantwortlichen offeriert.**

**Wichtig:** Eine Anmeldung ist nicht notwendig! Dieser Anlass wird bei jeder Witterung durchgeführt.

## Anfahrt:

Die Anreise **mit dem Zug** ist problemlos. Ab Bern, Zürich, Basel, Luzern oder Lausanne bis Freiburg Hauptbahnhof, dann zu den Bussen (gegenüber Bahnhof), dann umsteigen auf die Buslinie 1 (Richtung Portes-de-Fribourg), 2 (Richtung Schoenberg, Dunant) oder 6 (Richtung Musy 4) bis Station «Tilleul». Die Fahrzeit dauert ca. 5 Minuten. Danach von der Haltestelle zu Fuss bis zum Kreisel, dann rechts Richtung Kathedrale, wieder rechts in die rue des Epouses abzweigen. Der Eingang zum Saal befindet sich auf der rechten Seite, Hausnummer 6 (Eingang markiert). Der Saal ist im Parterre.

**Mit dem Auto** von Bern, Zürich, Basel, Luzern oder Lausanne die Ausfahrt Fribourg Nord benützen. Danach auf der route de Morat, dann Murtengasse, Richtung Stadtzentrum bis zum Kreisel (place de Notre-Dame). Es hat genügend Parkmöglichkeiten (nur die weissen Parkfelder benützen). Dann zu Fuss Richtung Kathedrale, wieder rechts in die rue des Epouses abzweigen und zum Eingang (markiert) mit der Hausnummer 6 gehen.

**Für dringende Rückfragen zur SD-Feier:** Telefon 031 974 20 10 (Zentralsekretariat), 079 764 70 83 (Natel Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär) oder 021 728 02 79 (Telefon Michel Dupont, Hauptorganisator).

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



**SD Stadt Bern: Höck** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

**Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



**Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer

jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



**Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 3. August 2016, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.



**Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

**Weitere Anlässe bitte melden an:  
info@sd-marktplatz.ch**

## Die EU und Tiertransporte



Margrit  
Neukomm,  
Zentralvize-  
präsidentin,  
Bern

Durch den globalen Handel, bei dem nur der Profit zählt, haben die tierquälerischen Tiertransporte zugenommen. **Innerhalb von Europa werden mehrere Millionen Schlachttiere tagelang Tausende von Kilometern in riesigen oft 4-stöckigen Lastwagen transportiert. Bis 2005 wurde dies von der EU sogar noch subventioniert. Die Exporteure kassierten durchschnittlich 231 Euro pro Tier.** Nachdem Tierschützer und Politiker aus ganz Mitteleuropa jahrelang gegen diese grausamen Transporte protestiert hatten, sah sich die EU-Kommission 2005 genötigt, einige Änderungen im Tierschutzgesetz vorzunehmen. **Innerhalb der EU soll die Höchstdauer pro Transport zum Schutz der Tiere nur noch 8 Stunden dauern.** Diese Limite kann jedoch bei Erfüllung bestimmter Auflagen unbegrenzt verlängert werden, beispielsweise wenn der Laster über ein Tranksystem und eine Ventilation verfügt. **Es werden zahlreiche Sonderbewilligungen aus diversen Gründen erteilt, sodass man die neuen Bestimmungen in der Praxis nur selten durchsetzt.** Die vorgesehenen Ruhepausen müssen die Tiere aber im Lastwagen verbringen und zwar meistens ohne Wasser und Futter. Die wenigsten Autobahnkreuze oder Grenzstationen verfügen über eine Infrastruktur für die Fütterung und Unterbringung der Tiere. **In einigen EU-Ländern wie Deutschland und den Niederlanden gibt es inzwischen Fortbildungskurse für Polizisten, welche die Tiertransporter überprüfen sollen.** Aufgrund des Schengener Abkommens ist es den Kontrolleuren jedoch untersagt, lückenlose Kontrollen durchzuführen, nur einzelne Stichproben sind erlaubt.

**Die Subventionen für den Export von Schlachtrindern wurden endlich gestrichen, doch für Zuchtviehexporte entrichtet man sie weiterhin.**

Seither werden auffällig viele Rinder, Schafe und Ziegen als «Zucht-tiere deklariert und mit Subventio-

nen in den Nahen Osten exportiert, wo sie einen grausamen Tod durch Schächten erleiden.

### Tierschutz für EU-Kommission sekundär

Bis jetzt hat sich seit Inkrafttreten des neuen EU-Gesetzes in den meisten Ländern nicht viel geändert. In Polen, Ungarn, dem Baltikum und der Türkei gehören Verstösse gegen die Tiertransportverordnung immer noch zur Tagesordnung.

**Es fehlt an systematischen Kontrollen. Die EU-Kommission sagt, dass sie niemanden verpflichten kann, die Tiertransportrichtlinien einzuhalten.**

Sie schiebt die Verantwortung auf die einzelnen EU-Staaten ab und unternimmt nichts gegen diese unnötigen langen Qualtransporte. Dafür werden die Stierkämpfe in Spanien mit EU-Geldern in der Höhe von jährlich 600 Millionen Euro subventioniert! **Das Leid der Tiere während den Transporten ist unermesslich, besonders wenn sie in Drittstaaten exportiert werden.** Dann sind sie wochenlang unter den schlimmsten Bedingungen auf Schiffen unterwegs. **Sie erleben Hitze, Kälte, Hunger, Durst, Angst, Dichtstress und Desorientierung.**

**Sie stehen eng zusammengepfercht, knietief in Exkrementen, und sind den daraus entstehenden Ammoniakdämpfen hilflos ausgesetzt. Bei der Ankunft sind viele der überlebenden Tiere entkräftet, verängstigt und teilweise verletzt.**

Sie werden rücksichtslos und brutal mit Elektroschockgeräten aus den engen Gefängnissen getrieben und mit mittelalterlichen Methoden getötet.

### Europäische Tierschutzorganisationen sind aktiv

Der Tierschutzbund Zürich, die Animal Welfare Foundation (Deutschland), Eyes on Animals (Niederlande) und die Compassion in World Farming (Grossbritannien) entsenden ihre eigenen Kontrolleure,



*Diese Schweine sind auf engstem Raum zusammengepfercht. Solche Tierqualtransporte können in Europa leider immer noch häufig beobachtet werden.*

welche entsprechende Verstösse dokumentieren und melden.

**Die Tierschutzorganisationen verlangen bessere und humanere Transportbedingungen sowie effizientere Kontrollen und bei Verstössen konsequente Strafen.**

**Wenn es möglich ist, geben sie den halbverdursteten Tieren Wasser. Die europäischen Tierschutzorganisationen haben folgende Forderungen an die EU-Kommission gestellt:**

- Alle Exportsubventionen für lebende Tiere verbieten.
- Langstrecken-Tiertransporte für die Schlachtung verbieten.
- Tiere an ihren Herkunftsorten schlachten und das tiefgekühlte Fleisch exportieren.
- Subventionen für die Ausfuhr von Tiefkühlfleisch.

Doch die EU-Kommission will davon nichts wissen. Als die europäischen Tierschutzorganisationen im Jahr 2012 über eine Million Unterschriften sammelten und eine generelle Fahrzeitbeschränkung für Tiertransporte auf 8 Stunden forderten, **antwortete der zuständige EU-Kommissar John Dalli kaltschnäuzig: «An der Transportzeitregelung wird nicht gerüttelt.»**

### Schweizerische Regelungen für Tiertransporte

Die Schweiz hat seit dem neuen Tierschutzgesetz von 2008 stren-

gere Bestimmungen für Tiertransporte eingeführt, die weltweit einzigartig sind.

**Die maximale Fahrzeitbeschränkung für möglichst schonende Tiertransporte ist auf 6 Stunden limitiert. Zusätzlich wird eine obligatorische Aus- und Weiterbildung für Transporteure vorgeschrieben.**

**Der Gebrauch von Elektroschocktreibern ist neu auch verboten.** Der Schweizer Tierschutz (STS) kontrolliert jährlich unangemeldet 300 Tiertransporte. Dabei werden folgende Punkte überprüft: Einstreu, Anzahl der geladenen Tiere, Verträglichkeit der Tiere, gesundheitliche Verfassung, Eignung des Transportfahrzeuges usw. Bei Verstössen folgen Sanktionen gegen die verantwortlichen Tierhandelsfirmen.

**Wenn wir den Rahmenvertrag mit der EU unterzeichnen, gilt unser Tierschutzgesetz nicht mehr, weil wir die EU-Bestimmungen obligatorisch übernehmen müssten! Dies wäre eine weitere Verschlechterung, die wir auf keinen Fall wollen.**

**Die Österreicher hatten früher bezüglich Tiertransporte auch ein strenges Tierschutzgesetz, mussten aber gegen ihren Willen die Bestimmungen der EU übernehmen. Der EU ist das Leiden der Tiere egal, Hauptsache die Kasse stimmt!**

**Den Zusammenhalt der Schweiz nicht aufs Spiel setzen!  
Eine zweite Landessprache gehört in die Primarschule!**



## Partenariat transatlantique de commerce et d'investissement (PTCI)

# Non au dictat des États-Unis

Les milieux politiques compétents qui gravitent autour du conseiller fédéral Johann Niklaus Schneider-Ammann craignent qu'une non-participation au PTCI nuise de manière radicale à l'avenir de nombreuses branches de l'économie suisse. Les Démocrates Suisses (DS) condamnent cette position.

En effet, le PTCI porterait atteinte à de larges pans de la souveraineté de tous les États-nations d'Europe, d'autant plus que les États-Unis soumettraient le libre-échange à leurs normes économiques peu durables.

**Le monde agricole se verrait contraint d'accepter des organismes génétiquement modifiés et le marché suisse perdrait l'atout que constitue l'excellente qualité de ses produits.**

De plus, les grands groupes pourraient se défendre contre les déci-

sions (politiques) de l'État. Les DS considèrent le PTCI comme une adhésion à une entité fédérale dirigée par les États-Unis. C'est donc un devoir de s'y opposer de manière catégorique.

*Adrian Pulver,  
secrétaire central, Berne*

## Acceptation de la modification de la loi sur l'asile: mesures nécessaires

Les Démocrates Suisses (DS) prennent acte du résultat de la votation du 5 juin dernier. Malheureusement, la netteté de ce résultat reflète aussi le fait que l'UDC, pourtant à la tête du référendum, a renoncé à mener une véritable campagne de votation, ce qui semble extrêmement douteux. Dans le contexte actuel, plusieurs mesures s'imposent: les points de passage

frontaliers doivent être fermés et il faudrait que le Corps des gardes-frontière, épaulé par l'armée suisse, rétablisse des contrôles.

**La lutte contre la menace d'une future augmentation de la migration clandestine requiert une surveillance de la frontière «verte», dans le sud du Tessin et dans le canton de Genève.**

Les DS exigent en outre des rapatriements plus rapides, moyennant du personnel supplémentaire au sein des autorités responsables. Il faut d'ailleurs que la Confédération soulage les cantons et les communes dans toute la mesure du possible. Enfin, l'efficacité à long terme de la politique en matière d'asile passe par l'abandon de toute compétence cantonale, de

sorte que toutes les demandes d'asile soient traitées dans des centres fédéraux (idéalement à proximité de la frontière).

*Adrian Pulver,  
secrétaire central, Berne*

## La «libre circulation» au quotidien

À la campagne, chacun sait et voit ce qui se passe dans sa commune, contrairement aux villes où l'on connaît à peine son voisin. Telle est la réalité de la vie. Comme celle du café du commerce d'antan, où étaient occupés cinq personnes du village, souvent employées à temps partiel. Dorénavant, nouveau patron, nouvelles conditions. **Rentabilité oblige, on engage deux jeunes de l'Est à plein temps et les indigènes sont licenciés.**

**Dans la majorité des secteurs, on pratique la sous-enchère salariale, sans enfreindre la loi.**

Pour le poste et le salaire d'un électricien, on engage un technicien; pour un manœuvre, un maçon; pour un chef d'équipe, un ingénieur; pour un aide de cuisine, un cuisinier. Presque tous les corps de métiers y passent. Un Allemand, un Français ou un Italien, qui parle la langue de sa commune de rési-

dence, n'aura aucune difficulté à occuper tout poste qui, même subalterne à ses connaissances, lui procurera un salaire amplement supérieur à celui qu'il gagnerait dans son pays.

**La concurrence sur le marché du travail s'en trouve faussée. Au détriment des Suisses.**

Telle est la réalité des bilatérales. D'ailleurs, les peuples d'Europe en sont de plus en plus conscients. **Une immigration incontrôlée est un réel danger pour toute nation.** Et ce n'est pas tout. **Car on prétend nous rassurer à la faveur d'un faible taux de chômage.** Là encore, il y a tromperie. Fin du droit au chômage, un chômeur en moins. Du moins selon les statistiques. Si l'on compte, comme dans certains pays, toutes les personnes sans activité étant en recherche d'emploi, on arriverait, en Suisse, à plus de dix pour-cent de la population.

Nos statistiques de l'assurance-chômage enjolivent la réalité de par les bases mêmes sur lesquelles elles reposent.


**Le social, comme les personnes, sans ce droit, ont explosé ces dernières années.**

Le «racisme» et la «xénophobie» ne sont pas où l'on croit mais bien envers ce peuple suisse dont on abuse de la circonspection et de la bienveillance naturelles. Les politiciens, les médias de tout bord, nous conditionnent à avoir peur. D'avoir des enfants; de perdre notre travail, nos vacances lointaines, notre confort matériel.

**Alors, on ne change rien et, quand ça arrive tout de même, lors d'une votation, on nous fait croire que l'on s'est trompé, que l'on a mal compris.**

Bref, que l'on n'a pas entendu ce que les affairistes, les internationalistes de tout bord, n'ont cessé de dire et de répéter: Croissance, immigration incontrôlée, usines polluantes, centres commerciaux démesurés, bétonnage: **Voilà l'avenir, le progrès. Triste programme.** Et, dans tout cela, où est la place du bonheur? De l'être humain? De la nature? Des animaux?

*Willy Schneider, Unterbach*

 **1er AOÛT: les Démocrates Suisses des cantons de Vaud et de Berne vous invitent à célébrer la Fête nationale en plein cœur de la ville de Fribourg. Repas et boissons seront offerts par les responsables du parti. Venez nombreux! (voir détails en page 5)**

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
Adrian Pulver,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)  
Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf  
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden  
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,  
Nottwil  
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**  
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum  
Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## Grossbritannien beschliesst Brexit: Historische Niederlage für die EU

Die Schweizer Demokraten (SD) sind hoch erfreut über den britischen Volksentscheid zugunsten eines EU-Austritts. Das Resultat darf als wichtiger Schritt zur Restrukturierung des europäischen Kontinents gewertet werden und stellt in seiner Bedeutung ein Novum dar. Es gilt nun, **die vorhandene Tendenz für ein Europa der souveränen Nationalstaaten bei**

**anderen EU-Mitgliedern ebenfalls zu nutzen und entsprechend Volksabstimmungen zu fordern.**

**Die Völker Europas benötigen keine künstlichen zentralistischen und undemokratischen Gebilde, welche lediglich der Macht des Establishments dienen.**

Für die Verhandlungen mit der Schweiz hat der Beschluss keine direkten Konsequenzen. Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative soll über die Kündigung der Personenfreizügigkeit erfolgen. **Zudem ist auf einen institutionellen Rahmenvertrag zu verzichten.**

Adrian Pulver,  
SD-Zentralsekretär, Bern

## Revision des Sprachengesetzes: Landessprache hat Priorität

Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten die vom Bundesrat präsentierte Vorlage zum Sprachengesetz. Für die gegenseitige Verständigung und den damit verbundenen nationalen Zusammenhalt ist es von grösster Wichtigkeit, **in der Primarschule prioritär eine Landessprache zu unterrichten. Die gelebte Mehrsprachigkeit darf durchaus als schweizerisches Er-**

**folgsmodell bezeichnet werden und hat seit jeher den Charakter einer gefestigten Tradition.**

Dabei dienen Länder wie Belgien oder Spanien als Beispiele negativer Gegensätze. **In der Schweiz existieren keine interkantonalen sprachlich-sezessionistischen Tendenzen.** In Bezug auf diese Gesetzesrevision bevorzugen die

SD die sogenannte Variante 3, welche den Kantonen einen ausgeprägten Spielraum belassen möchte. Die englische Sprache kann somit auch in einer Primarstufe unterrichtet werden, **aber nicht zulasten von Deutsch und Französisch.**

Adrian Pulver,  
SD-Zentralsekretär, Bern

### Die Schweizer Demokraten (SD) der Kantone Waadt und Bern laden Sie ein



zur diesjährigen traditionellen 1.-August-Feier  
in der Fribourger Innenstadt (in einem Festsaal).

Speis und Trank werden von den Parteiverantwortlichen offeriert.

Wir freuen uns, auch Sie begrüssen zu dürfen  
(sämtliche Informationen auf Seite 5).



### Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

**Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.**

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich auch an folgende Person wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch